

# ABHANDLUNGEN

## Das Estoppel-Prinzip im Völkerrecht

Dr. **Wilhelm Friede**, Referent am Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Estoppel ist im anglo-amerikanischen Recht ein prozessualer Satz des Beweisrechts, demzufolge der Betroffene gehindert ist, bestimmte ihm günstige Tatsachen mit Erfolg zu behaupten oder bestimmte ihm ungünstige Tatsachen mit Erfolg zu bestreiten. Wer durch sein Verhalten einen anderen zu rechtlich erheblichem Handeln veranlaßt hat, muß sein Verhalten und die berechtigten Folgerungen, die der andere aus diesem Verhalten gezogen hat, gegen sich gelten lassen. Er ist estopped, der Mund ist ihm gestopft. Der Gegner hat das Verteidigungsmittel des Estoppel. Die Estoppel-Wirkung, das Sich-nicht-berufen-können, wird an sehr verschiedene Tatbestände geknüpft: an eine einen Verzicht oder eine Zustimmung enthaltende Willenserklärung, an ein einfaches Verhalten, sei es ein Tun oder Unterlassen. Die Lehre wird beherrscht von dem Gedanken des Vertrauensschutzes<sup>1)</sup>.

In neuerer Zeit läßt sich nun beobachten, daß völkerrechtliche Autoren bei ihren Erörterungen sich des Estoppel-Prinzips bedienen. Dabei handelt es sich teils um eine Heranziehung eines dem angelsächsischen Juristen geläufigen Begriffs lediglich zu Erläuterungszwecken, teils um eine Verwendung als reine Arbeitshypothese, teils um die Geltendmachung einer angeblichen Norm des Völkerrechts.

Beispiele für die erste Verwendungsart bilden Ausführungen von Sir John Fischer Williams<sup>2)</sup> und Arnold D. McNair<sup>3)</sup> zur Lehre von der Anerkennung. Die Lehre Anzilottis, der die Anerkennung definiert als die Willenserklärung, derzufolge eine gegebene Sachlage, ein be-

<sup>1)</sup> Vgl. statt anderer Everest and Strode's Law of Estoppel. 3 d. Ed. London 1923 und aus der deutschen Literatur Ernst Heymann, Überblick über das englische Privatrecht, Holtzendorff-Kohlers Enzyklopädie der Rechtswissenschaft in systematischer Darstellung, 7. Aufl., Bd. II (1914), S. 299 und Wolfgang Siebert, Verwirkung und Unzulässigkeit der Rechtsausübung, Marburg 1934, S. 48 ff.

<sup>2)</sup> La doctrine de la reconnaissance en droit international et ses développements récents. Académie de Droit International, Recueil des Cours 44 (1932 II), Paris 1933.

<sup>3)</sup> The Stimson Doctrine of Non-Recognition — A Note on its Legal Aspects. British Year Book of International Law 1933.

stimmter Anspruch als rechtmäßig anerkannt werden soll, und nach dem das Völkerrecht Rechtswirkungen an die bloße Tatsache, daß eine Anerkennung erfolgt, in dem Sinne knüpft, daß der Staat, der einen gewissen Anspruch oder eine bestimmte Sachlage anerkannt hat, deren Rechtmäßigkeit später nicht mehr bestreiten kann, wird von Fischer Williams <sup>4)</sup> mit dem estoppel des englischen Rechts verglichen — unter der Einschränkung: »l'estoppel n'a pas pourtant en lui-même de valeur créatrice«. Von der Anerkennung eines neuen Gebietserwerbs durch andere Mächte, die nach dem Entwurf der Berliner Generalakte durch die vorgesehene Notifikation ermöglicht werden sollte, meint McNair <sup>5)</sup>, daß sie eine estoppel-ähnliche Wirkung haben sollte.

Als Arbeitshypothese wird das Estoppel-Prinzip an anderer Stelle der vorhin erwähnten Vorlesungen <sup>6)</sup> gebraucht. Bei der Erörterung der praktischen Folgen der 1932 verkündeten Nichtanerkennungslehre prüft Fischer Williams die Frage, ob die Anwendung des Estoppel-Grundsatzes gegenüber denjenigen Parteien eines multilateralen Vertrages, die mit dem Abschluß eines in den ursprünglichen Vertrag eingreifenden neuen Vertrages durch die übrigen Vertragspartner nicht einverstanden seien, eine Klageerhebung aber unterließen, zu vernünftigen Ergebnissen führen würde.

Die dritte Verwendungsart begegnet uns im Rahmen der Erörterungen über die Rechtmäßigkeit der belgisch-französischen Okkupation des Ruhrgebietes und über die interalliierten Kriegsschulden.

Die Behauptungen der französischen Regierung <sup>7)</sup>, daß die britische Regierung inkonsequent sei, wenn sie die Rechtmäßigkeit der belgisch-französischen Ruhrbesetzung nach § 18 der Anlage II zu Teil VIII des Versailler Vertrages bestreite, nachdem sie in der Unterhaus-erklärung vom 28. Oktober 1920 eine der französischen Auslegung entsprechende Ansicht über die Berechtigung des Einzelvorgehens vertreten, in den Jahren 1920 und 1921 mehrmals sich der Überreichung von eine solche Besetzung androhenden Ultimaten angeschlossen und tatsächlich an der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort teilgenommen habe, werden von McNair <sup>8)</sup> im Sinne einer Berufung auf das Estoppel-Prinzip verstanden <sup>9)</sup>. Der Verfasser, der in seinen sehr vorsichtigen Ausführungen dazu neigt, die Geltung des Grund-

<sup>4)</sup> a. a. O. S. 210 f.

<sup>5)</sup> a. a. O. S. 66 f.

<sup>6)</sup> a. a. O. S. 288 f.

<sup>7)</sup> Notenwechsel der Alliierten im Anschluß an die deutschen Noten vom 2. Mai und 7. Juni 1923 [Auswärtiges Amt] 1923, Nr. 12, Berlin 1923, S. 60 f., 70, 80, 132, 148 ff., 177, 179.

<sup>8)</sup> The Legality of the Occupation of the Ruhr. British Year Book of International Law 1924.

<sup>9)</sup> a. a. O. S. 31.

satzes im Völkerrecht anzunehmen<sup>10)</sup>, gelangt zu dem Ergebnis<sup>11)</sup>: »Great Britain has by her previous declarations and conduct seriously prejudiced her right to complain as between herself and France of the illegality of the present occupation of the Ruhr Valley under the Treaty«. Allerdings würden hierdurch die Rechte Deutschlands nicht berührt<sup>12)</sup> — »estoppel binds parties and privies, but not strangers« —, dessen These, daß die Besetzung vertragswidrig sei, vielmehr zuträfe.

Im Laufe der Erörterungen über die interalliierten Kriegsschulden ist von polnischer Seite versucht worden, den Vereinigten Staaten von Amerika das Estoppel-Prinzip entgegenzuhalten<sup>13)</sup>, ein Versuch, der im französischen Parlament aufgegriffen worden ist. J.-C. Witenberg, der sich dafür einsetzt, die Frage der interalliierten Kriegsschulden einem Schiedsgericht zu unterbreiten, meint<sup>14)</sup>:

»Les Etats-Unis en proclamant le moratoire des réparations et en liant les dettes et les réparations doivent être, semble-t-il, déclarés »estopped« à reprendre après Lausanne l'intégralité de leurs prétentions antérieures. Ils ont par leur attitude provoqué la presque renonciation européenne aux réparations allemandes et ne sauraient, cette renonciation étant accomplie d'une façon irremédiable, revenir sur des prétentions désormais inconciliables avec l'initiative du président Hoover.

Il y a là un aspect juridique sérieusement fondé en droit anglo-saxon, — dont toute juridiction internationale tiendrait compte. «

Der Verfasser erblickt anscheinend in dem Estoppel-Prinzip einen allgemeinen Rechtsgrundsatz, der auch in einem internationalen Verfahren Geltung beansprucht. Eine Berufung auf das Estoppel-Prinzip gerade den Vereinigten Staaten gegenüber hält er für um so eher möglich, als in fast allen Fällen, die er aus der Schiedsgerichtspraxis als Belege für eine Heranziehung dieses Prinzips anzuführen vermag, die Vereinigten Staaten als Partei oder durch Stellung des Schiedsrichters beteiligt gewesen sind.

Von amerikanischer Seite ist — wohl mit Recht — die Anwendbarkeit des Estoppel-Prinzips in diesem Falle bestritten worden<sup>15)</sup>. Ho-

<sup>10)</sup> a. a. O. S. 34 f.

<sup>11)</sup> a. a. O. S. 37.

<sup>12)</sup> Dieser Ansicht sind auch David Hunter Miller (*The Occupation of the Ruhr*, 34 *Yale Law Journal* 46, 48) und Ernest J. Schuster (*The Question as to the Legality of the Ruhr Occupation*, 18 *American Journal of International Law*, 407, 410 f.), die indes das Vorliegen der Voraussetzungen des estoppel überhaupt bestreiten.

<sup>13)</sup> J.-C. Witenberg, *Vers l'arbitrage? Un aspect juridique du problème des créances américaines*. *Journal du droit international* 59 (1932), 1201, 1214—1217. Ders., *L'Estoppel. Un aspect juridique du problème des créances américaines*. *Journal du droit international* 60 (1933) 529—538.

<sup>14)</sup> *Journal du droit international* 59, 1217.

<sup>15)</sup> William V. Hohlan: *Legal Aspects of the Inter-Allied Debt*, 14 (1934) *Boston University Law Review* 47—81.

lohan, der im übrigen bezweifelt, daß das Prinzip im Völkerrecht Geltung besitze, hält Witenberg u. a. entgegen <sup>16)</sup>:

»In support of the proposed estoppel there is cited no representation of fact whatever, upon which it is claimed or can be claimed that the United States has subsequently taken an inconsistent position...

And an examination of the Hoover proposal and subsequent notes which gave rise to the moratorium definitely indicates that the modification of the various obligations referred to therein rested upon the agreement of all concerned. Such modification could not have been effected by the unilateral act of any of the parties. Any alteration of rights arising from the moratorium is to be determined by the agreement that gave rise to the moratorium. The Hoover proposal was an offer which called for multi-partite assent, and for the performance thereof, i. e. action by the United States in postponing payments due it for one year, and action by each of the reparation creditors in postponing for one year the payments due on reparation account. Even if the Hoover proposal had not gone further by way of expressly reaffirming the traditional American attitude regarding the independence of reparation payments and inter-allied debt payments, the latter, being due generally and unconditionally and not payable out of reparations or any other particular fund, would be due in all events at the expiration of the moratorium. But the additional unequivocal language, both in the proposal and in subsequent statements, eliminates the possibility of claim to the existence of any representation, promise, holding out, or any prospect for the revision of the inter-allied debt, no matter what might be done about reparations by the reparation debtor and creditor powers.«

Die nachstehenden Ausführungen sind dem Nachweis der Geltung des Estoppel-Prinzips im Völkerrecht und der Untersuchung des Grundes dieser Geltung gewidmet.

Hierbei sind nur die eingangs wiedergegebenen Grundgedanken der Estoppellehre, nicht ihre rechtstechnische Einzelausgestaltung im Auge zu behalten. »There is no place for the refinements of the courts in the rough jurisprudence of nations« <sup>17)</sup>. Es erübrigt sich vor allem ein näheres Eingehen auf die verschiedenen rechtsgeschichtlich bedingten Arten und Unterarten des estoppel. Es genügt die Erwähnung der — neben dem estoppel by record <sup>18)</sup> — praktisch wichtigsten Estoppel-Art, des estoppel by conduct <sup>19)</sup> mit den Unterarten estoppel by representation und estoppel by misrepresentation, worunter jede Erregung

<sup>16)</sup> a. a. O. S. 79 ff.

<sup>17)</sup> W. E. Hall, A Treatise on International Law. 8th Ed. Oxford 1924, p. 395.

<sup>18)</sup> Hierbei handelt es sich heute, nach Fortfall der sonstigen mittelalterlichen Fälle der Recordschuld, nur um estoppel als Urteilswirkung, estoppel by judgment, res iudicata (adiudicata). Die Probleme der Rechtskraftlehre bleiben außerhalb unserer Untersuchungen. Näheres zur angelsächsischen Rechtskraftlehre s. bei Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Grenzen der Rechtskraft, Leipzig 1900, S. 199 ff.

<sup>19)</sup> »Estoppel by conduct is estoppel in its true sense as understood to-day«. Holohan, a. a. O. S. 78 Anm. 114.

einer irreführenden Vorstellung beim Gegner fällt, gleichviel ob sie schuldlos erfolgt oder ob sie dem Gegner gegenüber schuldhaft ist.

Ebensowenig braucht auf die Fälle scheinbar positiver materiell-rechtlicher Wirkung des estoppel näher eingegangen zu werden, bei denen es sich in Wahrheit um eine Verbindung des reinen Estoppel-Grundsatzes, eines prozessualen Instituts, mit einem weiteren Rechtsgrundsatz handelt. Im übrigen sind unsere Untersuchungen an die Formulierungen der angelsächsischen Rechtssprache nicht gebunden. Nicht darum handelt es sich, ob das Estoppel-Prinzip *eo nomine* im Völkerrecht nachweisbar ist, sondern ob dieser Rechtsgedanke als solcher, unabhängig von seiner Bezeichnung, völkerrechtliche Geltung besitzt.

Der Natur des Estoppel-Prinzips entsprechend werden Belege für seine völkerrechtliche Geltung vor allem in Schiedsverträgen und in der Schiedsgerichtspraxis zu suchen sein. Die besten Belege aus der letzteren sind selbstverständlich die Fälle, in denen das Schiedsgericht das Estoppel-Prinzip in concreto anwendet oder wenigstens unter Leugnung der Anwendbarkeit in concreto als Grundsatz anerkennt. Aber auch die Fälle, in denen sich lediglich die Parteien auf den Grundsatz als auf eine von jedem anzuerkennende Norm berufen, ohne daß das Schiedsgericht dazu Stellung nimmt, sind als Symptome der Rechtsüberzeugung der Staaten von Wert.

Eine vertragliche Formulierung des Grundsatzes ist nicht nachweisbar.

Aus der schiedsgerichtlichen Praxis hat man eine Reihe von Fällen angeführt, die wir als Belege für eine Berufung auf das Estoppel-Prinzip nicht anerkennen können.

Dies gilt zunächst von dem Falle Croft <sup>20)</sup>, den H. Lauterpacht <sup>21)</sup> zitiert. Es handelte sich um einen Schadensersatzanspruch gegen die portugiesische Regierung, der darauf gegründet war, daß die portugiesischen Verwaltungsbehörden, indem sie dem Mr. Croft die Alvará de Insinuação, einen Eintragungsbescheid, versagt, die ihm durch rechtskräftige Urteile zugesprochenen Rechte verfassungswidrig verletzt hätten. Aus dem Tatbestand ist hier hervorzuheben, daß die portugiesische Regierung, die lange Zeit das Verfahren ihrer Behörden verteidigt hatte, am 17. November 1851 einen Rekursantrag an den Staats-

<sup>20)</sup> Schiedsrichterliche Entscheidung vom 7. Februar 1856 der vom Senate der freien und Hansestadt Hamburg zur Aburteilung der Kompromissache zwischen den Regierungen Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien und Irland und Seiner Majestät des Königs von Portugal, die Angelegenheit des Mr. Croft, niedergesetzten Kommission (H. La Fontaine, *Pasicrisie Internationale*. Berne 1902, S. 373).

<sup>21)</sup> *Private Law Sources and Analogies of International Law*. London 1927. S. 205, 267 f.

rat stellte, in dem sie sich der bis dahin von der englischen Regierung gegen das Verfahren der Verwaltungsbehörden geltend gemachten Argumente bediente, und daß sie, als der Staatsrat den Rekurs für formell und materiell unstatthaft erklärte, am 3. Januar 1852 ein Dekret erließ, in dem die Erteilung der Alvarà angeordnet wurde. In der Entscheidung heißt es <sup>22)</sup>:

»Aus diesem Verhalten der portugiesischen Regierung im November 1851 und Januar 1852 will die englische Regierung entnehmen, daß die portugiesische Regierung selbst die Unrechtmäßigkeit der früheren administrativen Entscheidungen anerkannt und die Verpflichtung eingeräumt habe, den Mr. Croft schadlos zu halten und in die Lage zu versetzen, in welcher er sich befunden haben würde, wenn schon am 18. November 1848, wo der Administrador de Concelho seinen abschlägigen Bescheid abgab, dieser Beamte ihm die Alvarà bewilligt hätte.

Wäre das, was der Rekursantrag vom 17. November 1851 enthält, in einer an die englische Regierung gerichteten Note oder sonstigen diplomatischen Mitteilung als die Ansicht der portugiesischen Regierung von der letzteren ausgesprochen worden, so würde man mit Recht sagen, daß darin der Akt eines Geständnisses und einer Einräumung liege, welchen die eine Regierung der anderen gegenüber von sich gegeben habe, und durch welchen diese letztere nun alles Beweises darüber überhoben wäre, daß die Sache sich wirklich so, wie dort dargestellt, verhalte. Aber ein solcher Charakter kann nicht den Äußerungen jenes Relatorio beigelegt werden, welches vielmehr seiner Natur nach nur einen Antrag an den Staatsrat bildete, um denselben zu einer Abänderung seiner früheren Entscheidung, wie die portugiesische Regierung solche des freundschaftlichen Verhältnisses zu England wegen wünschte, wo möglich zu bewegen. Aus dem was in einem solchen Antrage zur Begründung des Gesuches gesagt wurde, kann nicht diejenige Partei, in deren Interesse und zu deren Gunsten es vorgetragen ward, Geständnisse für sich entnehmen. Wenn daher in dem Relatorio aufgestellt worden ist, daß die von den Administrativbehörden abgegebenen Entscheidungen einen »déní de justice« enthielten, weil sie die rechtskräftigen richterlichen Urteile nicht respektierten und »presque une distinction odieuse« zum Nachteil eines Engländers involvierten, weil im Jahre 1838 im Falle des Visconde das Picoas anders entschieden sei, so sind dies in Wahrheit nur Argumente, welche gebraucht wurden, um eine Entscheidung des Staatsrats im Sinne des Begehrens von Mr. Croft zu erwirken, nicht aber Einräumungen, welche diesem oder der englischen Regierung gegenüber, animo confitendi gemacht wären oder als solche benutzt werden dürften. Ein Gleiches gilt von der ganzen übrigen in jenem Relatorio enthaltenen Darstellung, die sich ersichtlich darauf abzielte, die Gründe, welche das englische Gouvernement für die von ihm verteidigte Sache bisher geltend gemacht hatte, möglichst vollständig und mit angelegentlicher Unterstützung dem Staatsrate vorzutragen. Der Staatsrat hat jedoch in seinem Beschlusse vom 10. Dezember 1851 jene Argumentationen, und zwar, wie die Kommission befindet, mit vollem Recht, als nicht gegründet zurückgewiesen.

<sup>22)</sup> a. a. O. S. 375 ff.

Ebenso wenig wie aus dem Relatorio vom 17. November 1851 kann aber aus dem Dekrete vom 3. Januar 1852, zu dessen Erlassung sich die portugiesische Regierung demnächst entschloß, die Anerkennung einer Ersatzpflicht ab seiten derselben hergeleitet werden; denn einerseits ist auch dies Dekret keine internationale Verhandlung zwischen beiden Regierungen, sondern ein Urteil, welches in einer kontentiösen Angelegenheit abgegeben wurde, und andernteils würde, wenn selbst aus diesem Dekrete irgend eine Einräumung zu entnehmen wäre, dieselbe doch immer nur die sein, daß die Administrativbehörden früher unrechtmäßig verfahren hätten, nicht aber die, daß der portugiesische Staat den aus diesem Verfahren entstandenen Schaden zu ersetzen verpflichtet sei, was etwas überaus Verschiedenes und nach dem oben Ausgeführten keineswegs sich von selbst Verstehendes ist, was aber dennoch wesentlich erforderlich sein würde, um behaupten zu können, daß die portugiesische Regierung die jetzt an sie gestellte Reklamation anerkannt habe. «

Holohan <sup>23)</sup> bemerkt mit Recht: »The citation of the Croft Case, Great Britain and Portugal, in support, indicates a confusion of the doctrine of admissions with that of estoppel.«

Zu Unrecht angeführt wird <sup>24)</sup> ferner die Entscheidung des Haager Schiedshofs über die russische Kriegsentschädigung <sup>25)</sup>, in der es heißt <sup>26)</sup>:

»Dès l'instant où le Tribunal a reconnu que, d'après les principes généraux et la coutume en droit international public, il y avait similitude des situations entre un Etat et un particulier débiteurs d'une somme conventionnelle liquide et exigible, il est équitable et juridique d'appliquer aussi par analogie les règles de droit privé commun aux cas où la demeure doit être considérée comme purgée et le bénéfice de celle-ci supprimé. — En droit privé, les effets de la demeure sont supprimés lorsque le créancier, après avoir constitué le débiteur en demeure, accorde un ou plusieurs délais pour satisfaire à l'obligation principale sans réserver les droits acquis par la demeure. . . .

Entre le Gouvernement Impérial Russe et la Sublime-Porte, il y a donc eu renonciation aux intérêts de la part de la Russie, puisque son ambassade a successivement accepté sans discussion ni réserve et reproduit à maintes reprises dans sa propre correspondance diplomatique les chiffres du reliquat de l'indemnité comme identiques aux chiffres du reliquat en capital. — En d'autres termes, la correspondance des dernières années établit que les deux Parties ont interprété, en fait, les actes de 1879 comme impliquant l'identité entre le payement du solde

<sup>23)</sup> a. a. O. S. 78, Anm. 113. Vgl. auch die Note doctrinale von Lapradelle-Politis (Recueil des Arbitrages Internationaux. T. II, Paris 1923, S. 34 ff.) über den aveu extrajudiciaire.

<sup>24)</sup> Bei Lauterpacht, a. a. O. S. 206, 260.

<sup>25)</sup> Sentence rendue le 11 novembre 1912. Protocoles des Séances et Sentence du Tribunal d'Arbitrage constitué en vertu du Compromis d'Arbitrage signé à Constantinople entre la Russie et la Turquie le 22 juillet/4 août 1910. Litige Russo-Turc relatif aux dommages-intérêts réclamés par la Russie pour le retard apporté dans le payement des indemnités dues aux particuliers russes lésés par la guerre de 1877—1878. La Haye (Bureau international de la Cour Permanente d'Arbitrage) 1912.

<sup>26)</sup> a. a. O. S. 100 f.

du capital et le paiement du solde auquel avaient droit les indemnitaires, ce qui impliquait l'abandon des intérêts ou dommages-intérêts moratoires.

Le Gouvernement impérial Russe ne peut, une fois le capital de l'indemnité intégralement versé ou mis à sa disposition, revenir valablement d'une façon unilatérale sur une interprétation acceptée et pratiquée en son nom par son ambassade. «

Nur mit Hilfe einer Hypothese ist es Lauterpacht<sup>27)</sup> möglich, diese Sätze als Anwendung des Estoppel-Prinzips zu deuten:

»Can it be said that the opinion of the Court in this decisive part of the judgment amounts to an acceptance of the doctrine of estoppel? Has Turkey been induced, by a wilful misstatement on the part of Russia, to act to her own prejudice? It may be argued that Turkey would not have paid the rest of the indemnity but for the belief that she is thereby relieved from further demands; she might otherwise have made the claim a subject of separate diplomatic negotiations. If she had been misled, and if she had acted to her prejudice upon the strength of an expressed or implied waiver on the part of the Russian Embassy, then, clearly, the case is one of estoppel in its general formulation, although some of its technical requirements may be lacking. «

Ob die Türkei solche Folgerungen aus dem russischen Verhalten gezogen hat, steht durchaus dahin.

Nicht berechtigt ist ferner die Anführung<sup>28)</sup> des Falles der Texas Bonds<sup>29)</sup>. Amerikanischerseits wird dort ausgeführt<sup>30)</sup>:

»The declaration or memorial which sets forth the case, addressed to the commissioners by the counsel of Frederick Dawson, states that he became a naturalized citizen of the United States in June, 1824, and renounced all allegiance to the British crown. According to the terms of the convention under which this commission is organized, the claims of "British subjects" only can be entertained against the United States; and I submit that the claimant having formally taken upon himself the obligations of a citizen of the United States, cannot here maintain a claim against the country of his adoption. In apparent anticipation of this objection, he alleges, in his memorial, that although a naturalized citizen of the United States, yet he was born in England, and hence he argues that by a well established rule of British law he is a British subject, and entitled to all the rights as such..

... There is, then, a direct conflict between the municipal laws of the two countries... This is an international tribunal sitting here under a convention, which all the authorities concede is to be interpreted by the law of nations, and not according to the municipal laws of either country. The claimant resided in Baltimore and carried on business

<sup>27)</sup> a. a. O. S. 260, Anm. 2.

<sup>28)</sup> Bei Witenberg, *Journal du droit international* 59 (1932) 1216 und 60 (1933) 533.

<sup>29)</sup> Report of Decisions of the Commission of Claims under the Convention of February 8, 1853, between the United States and Great Britain. Senate Ex. Doc. 103. 34 th Cong. 1 st Sess. Washington 1856, p. 382.

<sup>30)</sup> a. a. O. S. 388, 389, 390, 394.



there; and, by the well known rule of international law, he is to be regarded as a citizen of that country where he had his domicil, whether he be naturalized or not. But, besides having his domicil there, he had become a citizen; and on both grounds Frederick Dawson is debarred from presenting his claim before this commission . . . It has been intimated that if Frederick Dawson, a naturalized citizen of the United States, had returned to England and regained his domicil, and had presented a claim to this commission as a British subject, I would have held up his naturalization papers, and would have said he is estopped from presenting his claim on account of his having become a citizen of the United States. In this supposition the counsel is in error. I would have taken no such ground, provided the claimant had in good faith and at the proper time changed his allegiance. . . . «

Damit wird bestritten, daß ein Erfordernis für die Zulässigkeit der Klage, die britische Staatsangehörigkeit des geschädigten Individuums im Sinne des Schiedsvertrages, objektiv vorliege, nicht aber geltend gemacht, daß sich Großbritannien wegen seines Verhaltens nicht auf diese Staatsangehörigkeit den Vereinigten Staaten gegenüber berufen dürfe.

Abzulehnen als Beleg ist endlich der von dem Haager Internationalen Gerichtshof im Falle Chorzów aufgestellte Satz <sup>31)</sup>:

»C'est, du reste, un principe généralement reconnu par la jurisprudence arbitrale internationale, aussi bien que par les juridictions nationales, qu'une Partie ne saurait opposer à l'autre le fait de ne pas avoir rempli une obligation ou de ne pas s'être servi d'un moyen de recours, si la première, par un acte contraire au droit, a empêché la seconde de remplir l'obligation en question, ou d'avoir recours à la juridiction qui lui aurait été ouverte «,

in welchem Michel de la Grotte <sup>32)</sup> eine »application implicite« des Estoppel-Prinzips erblickt. Ein wesentliches Element des Prinzips fehlt indes auch hier: der Umstand, daß die eine Partei aus dem Verhalten der anderen berechnete Folgerungen für ihr eigenes Verhalten gezogen hat. In Wahrheit ist ihr durch die andere Partei die Vornahme einer Handlung einfach unmöglich gemacht worden.

Ob in den Fällen *The Favourite* und *The Wanderer*, die das auf Grund des amerikanisch-britischen Abkommens vom 18. August 1910 eingesetzte Schiedsgericht zu entscheiden hatte, Großbritannien sich des Verteidigungsmittels des Estoppel bedient hat, wie Lauterpacht behauptet <sup>33)</sup>, muß dahingestellt bleiben. Der offizielle amerikanische Bericht <sup>34)</sup> gibt dafür keinen Anhaltspunkt.

<sup>31)</sup> Arrêt No. 8 (Affaire relative à l'usine de Chorzów [Demande en indemnité]), Publications de la Cour, Série A, n° 9, p. 31.

<sup>32)</sup> Les affaires traitées par la Cour permanente de Justice internationale pendant la période 1926—1928, Revue de droit international et de législation comparée 1929, 247.

<sup>33)</sup> a. a. O. S. 280, Anm. 4.

<sup>34)</sup> American and British Claims Arbitration under the Special Agreement Concluded between the United States and Great Britain August 18, 1910. Report of Fred K. Nielsen. Washington 1926. S. 515 ff., 459 ff.

In den Fällen aus der schiedsgerichtlichen Praxis, die wirkliche Belege für eine Berufung auf das Estoppel-Prinzip darstellen, dient diese Berufung bald als Kompetenzeinwand oder als Zurückweisung eines Kompetenzeinwandes, bald als Einwand zur Sache.

Zu der ersten Gruppe von Fällen gehören der Fall Corvaia<sup>35)</sup>, der von der auf Grund des Protokolls vom 13. Februar 1903 eingesetzten italienisch-venezolanischen Mixed Claims Commission zu entscheiden war, die Entscheidungen des deutsch-tschechoslowakischen Gemischten Schiedsgerichts<sup>36)</sup> i. S. Rychnowsky et Alt c. Empire allemand und Kramata c. Empire allemand, die Entscheidungen des deutsch-polnischen Gemischten Schiedsgerichts<sup>37)</sup> i. S. Tiedemann c. Etat polonais und Kunkel c. Etat polonais sowie die Entscheidung der Commission Franco-Mexicaine des réclamations im Falle Pinson<sup>38)</sup>.

Der Unparteiische Ralston verneint im Falle Corvaia die Zuständigkeit der Kommission mit folgender Begründung<sup>39)</sup>:

»The above-styled reclamation is referred to the umpire upon differences of opinion between the honorable Commissioners for Italy and Venezuela as to certain preliminary questions, among others, that of the citizenship of Fortunato Corvaia; the honorable Italian Commissioner contending that he was a citizen of Italy within the meaning of the protocol between the two countries, and as such entitled to present the reclamation, had an opportunity offered during his lifetime, and the honorable Commissioner for Venezuela denying such citizenship. . .

It seems therefore absolutely clear that he lost his Sicilian citizenship long before the union of the Two Sicilies with Sardinia, provided the conduct recited came within the denunciation of the law as constituting acceptance of "public employments" (publici impieghi) conferred by a foreign country. . .

It seems, therefore, perfectly clear by the French code, by the Italian code as it existed up to three years ago (a change having been made recently), and by the code of Sicily as it existed up to the time of the unification of Italy, that the man who accepted public employment of a diplomatic character lost his ancient citizenship, unless by some affirmative act he thereafter regained it. . .

A further point should not be omitted. We may believe Venezuela knew, as she might well have known, that when Corvaia entered her diplomatic service he abandoned all right to call himself a Sicilian. The Government might properly have hesitated or refused to receive into one of its most important employments a man who would be recognized by his original government as still attached to its interests.

35) Venezuelan Arbitrations of 1903. Ralston's Report. Washington 1904, p. 782.

36) Recueil des Décisions des Tribunaux Arbitraux Mixtes, t. III, p. 1011, 988.

37) Recueil des Décisions des Tribunaux Arbitraux Mixtes, t. III, p. 596, t. VI, p. 974.

38) La réparation des dommages causés aux étrangers par des mouvements révolutionnaires. Jurisprudence de la Commission Franco-Mexicaine des réclamations (1924–1928). Paris 1933. p. I.

39) a. a. O. S. 802 f., 806, 807 f.

Italy is, therefore, now estopped to claim Corvaia as her citizen, standing in this respect as did the Two Sicilies, and may not say that her laws are made to be broken and have no binding force when assumed interests dictate their disregard. «

Das deutsch-tschechoslowakische Gemischte Schiedsgericht entscheidet, daß sich das Deutsche Reich auf das Fehlen einer Zuständigkeitsvoraussetzung — feindliche Staatsangehörigkeit des Geschädigten — dann nicht berufen könne, wenn es ihn während des Krieges als feindlichen Staatsangehörigen behandelt habe. Nachdem das Gericht i. S. Rychnowsky et Alt c. Empire allemand in grundsätzlicher Hinsicht ausgeführt <sup>40)</sup>:

»Dans le système de l'art. 297 e et du paragraphe 3 de l'annexe, la qualité d'ennemi est l'élément essentiel. Si l'Etat allemand a assimilé sur son territoire les biens d'une personne aux biens ennemis et les a utilisés pour ses besoins de guerre, il est difficile d'admettre qu'il puisse se soustraire aux conséquences de cet acte d'hostilité et refuser de reconnaître au lésé, au moment où ce dernier demande réparation du dommage, la qualité qu'il lui a prêtée pour se saisir de son bien. La solution contraire serait tellement contraire à l'équité et à l'intention que l'on peut raisonnablement prêter aux parties contractantes, que le Tribunal arbitral mixte doit, dans ces cas exceptionnels, reconnaître au lésé le droit d'invoquer l'art. 297 litt. e. «,

wendet es i. S. Kramata c. Empire allemand diesen Grundsatz auf den konkreten Fall an <sup>41)</sup>:

»Le demandeur est ressortissant tchécoslovaque. Ses biens, saisis en vertu d'une loi exceptionnelle de guerre, ont été considérés en fait et liquidés comme biens ennemis. Dans ces circonstances, suivant la décision de principe adoptée dans l'arrêt Alt et Rychnowsky c. Empire allemand (aff. Nr. 19), arrêt auquel le Tribunal se réfère et dont copie a été remise au demandeur, il est inutile de rechercher à quel moment le demandeur a acquis sa nationalité actuelle. L'acte d'hostilité dont il a été l'objet équivaut, en effet, à une mesure exceptionnelle de guerre au sens de l'art. 297 e et le Tribunal doit se déclarer compétent pour statuer sur la réparation du dommage. «

Ebenso entscheidet das deutsch-polnische Gemischte Schiedsgericht, daß sich Polen zur Bestreitung der Kompetenz des Gerichts nicht auf die polnische Staatsangehörigkeit der Geschädigten berufen darf, wenn es sie dem nur gegen deutsche Staatsangehörige gegebenen Liquidationsrecht unterworfen hatte. Diesen i. S. Tiedemann c. Etat polonais kurz ausgesprochenen Grundsatz <sup>42)</sup> entwickelt das Gericht näher i. S. Kunkel c. Etat polonais <sup>43)</sup>:

<sup>40)</sup> a. a. O. Bd. III, S. 1018.

<sup>41)</sup> a. a. O. Bd. III, S. 990 f.

<sup>42)</sup> a. a. O. Bd. III, S. 606.

<sup>43)</sup> a. a. O. Bd. VI, S. 983 f.

»Si les requérants renoncent à fonder leurs réclamations contre l'Etat polonais sur leur prétendue qualité de ressortissants polonais, s'ils se bornent à invoquer les droits assurés par le Traité aux ressortissants allemands liquidés, c'est-à-dire s'ils réclament l'indemnité supplémentaire prévue par l'art. 297, litt. h, et par l'art. 92, ch. 2, ou, éventuellement, s'ils contestent l'admissibilité de la liquidation pour un motif autre que leur ressortissance polonaise, les considérations développées ci-dessus<sup>44)</sup> cesseront d'être applicables. Le Tribunal n'aura pas à rechercher d'office si les requérants sont Allemands ou Polonais; il devra, au point de vue de sa compétence, les tenir pour Allemands puisque c'est en raison de cette qualité qu'ils ont été liquidés et que, d'autre part, la prétendue ressortissance polonaise ne constituera plus la base juridique de la réclamation. Et l'Etat polonais ne pourra naturellement pas exciper de la ressortissance polonaise des requérants pour décliner la compétence du Tribunal, puisqu'il les a traités comme Allemands et qu'ils ne revendiqueront pas autre chose que les droits garantis aux ressortissants allemands. La condition de nationalité allemande essentielle pour la compétence du T. A. M. sera donc, dans cette hypothèse, censée réalisée. Cette solution est conforme à la jurisprudence des T. A. M. (Cf. Recueil, t. III, p. 1017—1018 et p. 606)<sup>45)</sup> et elle se justifie par des raisons d'équité évidentes: celui qui a subi un dommage en sa qualité d'Allemand doit pouvoir bénéficier des droits attachés à cette qualité, notamment de celui de saisir le T. A. M. «

Das Gericht stellt den Klägern anheim, auf dieser Grundlage ihre Sache weiter zu verfolgen.

Im Falle Pinson hatte Mexiko seinen Kompetenzeinwand u. a. damit begründet, daß der Kläger trotz des mexikanischen Gesetzes vom 28. Mai 1886 als mexikanischer Staatsangehöriger zu betrachten sei, da dieses Gesetz dem Art. 30 der mexikanischen Verfassung von 1857 widerspreche. Der Präsident der Commission Franco-Mexicaine des réclamations, Verzijl, weist den so begründeten Kompetenzeinwand folgendermaßen zurück<sup>46)</sup>:

»Au point de vue théorique, j'ai éprouvé des doutes assez graves sur l'attitude à prendre par la Commission franco-mexicaine vis-à-vis de la question soulevée de l'inconstitutionnalité de la loi de 1886. Non que je mette sérieusement en doute que le pouvoir de prononcer éventuellement l'inconstitutionnalité d'une loi ou d'un décret mexicains rentre dans ses attributions. Car en effet, pareil doute aurait été effacé par la réflexion, que, d'une part, dans le cas actuel, l'invocation de la nullité de certaines dispositions légales par l'agence mexicaine ne saurait s'expliquer que dans l'hypothèse visée ci-dessus en premier lieu, c'est-à-dire d'un examen aboutissant à un jugement déclaratif, et que, d'autre part, c'est le Gouvernement mexicain lui-même qui, en la personne de son agent, a pressé la Commission d'examiner et de condamner la législation de son pays à la lumière du droit constitutionnel.

<sup>44)</sup> Annahme der Unzuständigkeit.

<sup>45)</sup> D. h. die oben erwähnten Entscheidungen Rychnowsky et Alt c. Empire allemand und Tiedemann c. Etat polonais.

<sup>46)</sup> a. a. O. S. 65 f.

Les raisons de mon doute étaient de tout autre ordre et se rapportaient plutôt à la situation singulière, créée par le fait qu'un Gouvernement, sans prendre aucune initiative, soit de faire abroger ou modifier par le pouvoir législatif du pays une loi nationale, soit d'en faire juger la constitutionnalité ou inconstitutionnalité par le pouvoir judiciaire, en invoque pourtant la nullité devant un tribunal international, situation d'autant plus curieuse dans le cas actuel, où il s'agit d'une loi qui est restée en vigueur pendant plus de quarante ans après sa promulgation, sans que jamais aucune sentence judiciaire ne paraisse en avoir contesté la validité au point de vue constitutionnel. Dans ces conditions, j'ai sérieusement pensé à ignorer absolument l'appel fait par l'agence mexicaine à la prétendue inconstitutionnalité de la loi de 1886, considérant que, si le Gouvernement mexicain en considère simplement douteuse la validité, il eût mieux valu provoquer sur ce point une sentence de la Cour Suprême de la Fédération, au lieu de soumettre, après quarante ans, cette question importante à l'avis d'un tribunal international, et que, si ledit Gouvernement est réellement convaincu de l'inconstitutionnalité de la loi, il n'eût pu se soustraire au devoir d'en proposer au Congrès la modification. «

Zu der Gruppe von Fällen, in denen die Heranziehung des Estoppel-Prinzips als Einwand zur Sache erscheint, gehören zunächst der Behring-See-Fall 47) und der Alaska-Streitfall 48) insofern, als von der Richterbank aus (Lord Hannen bzw. Lord Alverstone) die Vertreter der Parteien auf die Möglichkeit einer Berufung auf das Estoppel-Prinzip aufmerksam gemacht worden sind, eine Möglichkeit, von der jedoch kein Gebrauch gemacht worden ist. Als Beleg haben diese Fälle daher nur geringen Wert.

In dem vor dem Haager Schiedshof verhandelten Streit über die Kalifornischen Kirchengüter haben sich die Vereinigten Staaten zur Zurückweisung der mexikanischen These, daß Sir Edward Thornton in seinem Schiedsspruch vom 11. November 1875 sich nicht in den dem Schiedsgericht durch das amerikanisch-mexikanische Abkommen vom 4. Juli 1868 gezogenen Zuständigkeitsgrenzen gehalten habe, u. a. des Estoppel-Prinzips bedient 49):

---

47) Lauterpacht, a. a. O. S. 223 f. Eine Nachprüfung war mir nicht möglich, da mir die von Lauterpacht benutzten Proceedings of the Tribunal of Arbitration convened at Paris, 1893 (Sen. Ex. Doc. 177, 53 d Cong. 2 d sess.) nicht zugänglich waren. Vgl. auch McNair, British Year Book of International Law 1924, p. 35.

48) Proceedings of the Alaskan Boundary Tribunal (Sen. Doc. No. 162, 58 th Cong. 2 d sess.) Washington 1904, Vol. VI, p. 344, 346.

49) Foreign Relations of the United States 1902, Appendix II: United States vs. Mexico. In the matter of the case of the Pious Fund of the Californias. Washington 1903, S. 316 f. (Supplemental Brief on Behalf of the United States). — Vgl. auch a. a. O. S. 228 f. (Statement and Brief on Behalf of the United States). — Die Stelle aus dem Plädoyer des Mr. Penfield (a. a. O. S. 816 f.), die Lauterpacht (a. a. O. S. 248 f.) angibt, ist sachlich wie formell als Beleg ungeeignet.

»3. The memorial of the archbishop and the bishop of California was filed with the Commission under the former convention on December 31, 1870.

After that time Mexico entered into several conventions with the United States, all of which were supplementary to that of July 4, 1868. . .

By agreeing for the extension of the life of the Commission and for its revival after it had expired by limitation, in order to enable it to decide cases then not decided, Mexico expressly and solemnly agreed that the commission had power to decide and should decide the cases before it.

It was suggested upon the oral argument, by Sir Edward Fry, that these supplementary conventions implied, or might imply, that the arbitral court had power to decide some cases, but not necessarily all cases at the time before it. We submit that as all of the cases were before the court, and as the arbitral court was engaged in the consideration of them, that the powers entering into the supplementary convention must be held to have covenanted each with the other that the arbitral court had power to decide all the cases; for it was the duty of the powers, if they claimed, or ever intended thereafter to claim, that the arbitral court had no power to decide any particular case or cases, to withdraw these cases from the consideration of the tribunal.

Mexico is bound by those express engagements.

Moreover, she must be presumed to have intended the ordinary consequences of her acts.

4. The jurisdiction of an arbitral court is created by the agreement of parties. The maxim that consent can not give jurisdiction has no application to a tribunal which is created and whose jurisdiction is defined by agreement or consent of the parties litigant.

It is a universally recognized principle of jurisprudence that ratification, which is after the fact, is equivalent to precedent authorization.

If Mexico had power to confer jurisdiction upon the commission of 1868, she had power to ratify the exercise of jurisdiction by the commission.

Her ratification might have been in express words or it might have been implied by a course of conduct.

Her course of conduct might have created against her what is known in English and American jurisprudence as an estoppel in pais. By such an estoppel she would be prevented from asserting that the court had no jurisdiction.

We invoke all of these principles in support of our present point.

Mexico made no objection whatever to the jurisdiction of the arbitral court formed under the convention July 4, 1868, until the writing of Mr. Mariscal's letter on November 28, 1900. (Diplomatic Correspondence, p. 27.) . . .

During the pendency of the case before the former arbitral court it was not intimated by Mexico that she claimed, or would claim, that the former commission had not power to decide this case.

In the correspondence which took place between the two Governments subsequent to the award of the former arbitral court (Transcript, Diplomatic Correspondence, pp. 77—83) it will be seen that the jurisdiction of the former arbitral court was not called in question. Mexico represented to the United States that:

“Though the final award in the case only refers to interest accrued in a fixed period, said claim should be considered as finally settled *in toto*, and any other fresh claim in regard to the capital of said fund or its interest, accrued or to accrue, as forever inadmissible.” (Transcript, Diplomatic Correspondence, p. 78.)

In his letter of reply the Secretary of State of the United States said:

“I must decline, however, to entertain the consideration of any question which may contemplate any violation of or departure from the provisions of the convention as to the final and binding nature of the awards or to pass upon or by silence to be considered as acquiescing in any attempt to determine the effect of any particular award.” (Transcript, Diplomatic Correspondence, p. 79.)

To this Mexico replied that the writer intended by this letter “to avoid if possible a future claim from the interested parties through the United States Government, but does not pretend to put in doubt the present award.” (Transcript, Diplomatic Correspondence, p. 80.)

Thus after the decision of the former arbitral court Mexico recognized the binding force of the award and in express words confirmed its validity . . .

Throughout the litigation, therefore, both preceding the umpire’s decision and subsequent to it, Mexico impliedly and by a uniform course of conduct conceded to the former commission the power to decide this case.

Mexico accepted the opportunity of success with its accompanying chances of defeat. She will not now be heard to say, having lost, that the tribunal had no jurisdiction to render the decision.

Whatever jurisdiction the tribunal had it obtained through the consent of Mexico.

Mexico is therefore estopped from claiming that it did not have the jurisdiction which she necessarily conceded to it and assumed it to possess by her course of conduct at the time.

Die Entscheidung des Schiedshofs vom 14. Oktober 1902 <sup>50)</sup> geht auf das Estoppel-Argument selbst nicht ein <sup>51)</sup>.

Im Venezuela-Prioritätsstreit ist vor dem Haager Schiedshof mehrfach eine Berufung auf den Estoppel-Grundsatz erfolgt. Von britischer Seite wurde u. a. ausgeführt <sup>52)</sup>:

»My third contention is that the other powers <sup>53)</sup> acquiesced in the action of the blockading powers, and acquiesced in the action of the blockading powers with a view to the enforcement of their (the blockad-

<sup>50)</sup> Recueil des Actes et Protocoles concernant le litige du »Fonds Pieux des Californies« (La Haye, Bureau international de la Cour Permanente d’Arbitrage, 1902).

<sup>51)</sup> Mißverständlich Lauterpacht a. a. O. S. 205.

<sup>52)</sup> The Venezuelan Arbitration before the Hague Tribunal 1903. Proceedings of the Tribunal under the Protocols between Venezuela and Great Britain, Germany, Italy, United States, Belgium, France, Mexico, the Netherlands, Spain, Sweden and Norway, signed at Washington, May 7, 1903 (Sen. Doc. No. 119. 58 th Cong. 3 d Sess. Washington 1905) S. 1329, 1330 (Reply of Sir Robert Finlay); vgl. auch S. 1219 (Opening Argument of Sir Robert Finlay).

ing powers) own claims. The blockading powers acted upon that acquiescence, and, after such action has been taken, it is impossible for these other powers now to turn round and to say that the blockading powers are to be deprived of the advantage which they have earned by taking the action in which the other powers acquiesced.

Now, Judge Penfield devoted a good deal of attention in his argument the day before yesterday to this point, and he endeavored to extenuate the importance of the intimations that were made to the other powers, and of the acquiescence which they evinced in the proposed hostile action to be taken. He suggested that there was no acquiescence in anything that would involve preferential treatment for the blockading powers. I venture to submit that it is impossible to look at the communications without seeing that the blockading powers were intimating their intention to take action with a view to securing payment of their own claims, and that the other powers acquiesced in that action. It was put by Judge Penfield that the notice given to the other powers was a notice that referred only to certain limited matters in which they had a specific interest. It will be found that the notice was a perfectly general notice of the intention to take hostile proceedings with a view to the enforcement of the claims of the blockading powers, and that the mention of certain specific matters which were reserved proceeded only from the other powers to whom that notice had been given.«

Die Vereinigten Staaten machten ihrerseits in Bezug auf die Verhandlungen des venezolanischen Bevollmächtigten Bowen geltend 54):

»The fact is that by these full powers Mr. Bowen was authorized to negotiate with all the creditor states. The allies accepted these powers and entered into negotiations in accordance with them, and they are precluded now from disputing the legitimacy of those negotiations, because all of the arrangements based upon those full powers, and all the arrangements which they assented to in accordance with those full powers, are binding upon them.«

Zu diesen Berufungen auf den Estoppel-Grundsatz nimmt der Schiedsspruch 55) nicht unmittelbar Stellung 56).

53) D. h. die nicht an der Blockade beteiligten Gläubigerstaaten.

54) a. a. O. S. 1279 (Opening Argument of William L. Penfield). Vgl. auch S. 140 (Protest of Mr. Herbert W. Bowen, Agent for Venezuela, Against the Award).

55) a. a. O. S. 106 ff., 110 ff.; Recueil des Actes et Protocoles concernant le litige entre l'Allemagne, l'Angleterre et l'Italie, d'une part, et le Vénézuëla, d'autre part (La Haye 1904, Bureau international de la Cour Permanente d'Arbitrage), S. 123 ff., 129 ff.

56) Vgl. indes folgende Stellen:

»Whereas the neutral Powers, who now claim before the Tribunal of Arbitration equality in the distribution of the 30 per cent, of the Customs receipts of La Guayra and Puerto Cabello, did not protest against the pretensions of the Blockading Powers to a preferential treatment either at the moment of the cessation of the war against Venezuela or immediately after the signature of the protocols of February 13 th 1903; . . .

Whereas the good faith which ought to govern international relations imposes the duty of stating that the words "all claims" used by the Representative of the Government of Venezuela in his conferences with the Representatives of the allied Powers (Statement left in the hands of Sir Michael Herbert by Mr. H. Bowen of January 23 rd 1903), could only mean the claims of these latter and could only refer to them; . . . .«



Dem britisch-venezolanischen Streit um die Grenze von Britisch-Guyana lag ein Abkommen von 1850 zugrunde, bei dessen Abschluß Venezuela davon ausgegangen war, daß die territorialen Ansprüche Großbritanniens nicht über die »Schomburgk-Linie« hinausgingen. Vor dem zur Entscheidung des Grenzstreits eingesetzten Schiedsgericht hält es Großbritannien den Estoppel-Grundsatz entgegen: Großbritannien könne sich nach seinem Verhalten nicht auf die Schomburgk-Linie von 1842 anstelle der ursprünglichen Schomburgk-Linie berufen<sup>57)</sup>.

»To sum up: in 1839 Schomburgk proposed to the British Government to survey as a boundary of British Guiana the line appearing in his map of that date; the British Government approved that proposal, authorized that survey and declared its intention of proposing that line as a statement of the British claim; Schomburgk, instead of surveying that line, surveyed another, or rather part of another line which goes much further west, and suggested that new line to the Government as a desirable boundary; the British Government not only failed to approve Schomburgk's new proposals, but continued for forty-four years to adhere to the original Schomburgk Line of 1839. During that period Schomburgk's reports and his Expanded Line were kept secret, and every British publication, whether official, semi-official, or private, proclaimed as the western boundary of British Guiana the original Schomburgk Line of 1839. In 1886 the British Government published the Expanded Line for the first time, declaring it to be the only Schomburgk Line and the boundary of the Colony. That Government thus reversed the action of all former British administrations for forty-six years, and come into court to-day, asking this Tribunal to stamp its approval upon such a course of dealing.«

Die Stellungnahme des Schiedsgerichts zu diesem Argument ist nicht ersichtlich, da der Award ins Einzelne gehende Entscheidungsgründe nicht enthält<sup>58)</sup>.

Das durch das amerikanisch-britische Abkommen vom 18. August 1910 eingesetzte Schiedsgericht hat im Falle Yukon Lumber Company<sup>59)</sup> einen Anspruch Großbritanniens implicite mittels des Estoppel-Prinzips zurückgewiesen. In den kanadischen Domänialforsten hatte ein gewisser Mountain ohne Erlaubnis Holz geschlagen und dieses an einen gewissen Ramsay, einen Aufkäufer der amerikanischen Militärbehörden, verkauft. Die britische Regierung verlangte von den Vereinigten Staaten, an die Ramsay das Holz weiterveräußert hatte, entweder Zahlung der

57) Venezuela—British Guiana Boundary Arbitration. The Printed Argument on Behalf of the United States of Venezuela Before the Tribunal of Arbitration. (Venezuela No. 6 [1899]. C. — 9501. London 1899), S. 141—151.

58) Award of the Tribunal of Arbitration constituted under Article I of the Treaty of Arbitration Signed at Washington on the 2nd February 1897, between Great Britain and the United States of Venezuela (Venezuela No. 7 [1899] (C. — 9533. London 1899).

59) S. den in Anm. 34 zitierten Bericht von Nielsen, S. 438 ff.

der Krone zustehenden Gebühren oder Ersatz des Wertes des Holzes. Das Schiedsgericht bemerkt zu dem Alternativ-Anspruch <sup>60)</sup>:

»From the very beginning, that is to say, from September and December, 1900, the Canadian Government and its Agents were perfectly aware that the timber was in the possession of the United States military authorities, but they never claimed for it or for its value. According to the express statement of the Secretary of the Interior (Letter December 9, 1901), it was only when the Agent of that Department at Dawson did not succeed in collecting the dues from Mountain and Ramsay, that application was made to the United States authorities to pay the said dues.

Under these circumstances, Mountain sold to Ramsay, and Ramsay sold to the United States military authorities not a thing belonging to a third person but a thing liable for certain dues remaining unpaid; that is to say, the United States military authorities, whose perfect good faith has never been questioned, did not receive from Ramsay some timber, the title to which was still vested in the Canadian Government, but some timber for which Mountain, the original vendor, had not paid the dues.

So the question which arose between the two Parties has never been whether or not the ownership in the timber rested in the United States military authorities, but whether those authorities had or had not to pay the dues instead of the vendor of their vendor.

Even now, before this Tribunal, the British Government claim for payment of dues, and they have added only as an alternative a claim for the value of the timber. The opinion of this Tribunal is that it is impossible to admit that after having at the beginning ratified the trespass and claimed during thirteen years for only the payment of dues, and still now claiming for that payment, the British Government is entitled to contend that they retained the ownership of the said timber and claim for its value as representing the thing itself which has been consumed. Moreover the British Government does not claim first for the value, and secondly for the dues, but first for the dues, and in the alternative for the value. It seems that this alternative is somewhat contradictory, as it is clear that the claim for the dues is exclusive of a claim for recovery.

Consequently the question to be decided is not whether or not the United States military authorities are the legal owners of the timber, but whether or not the debt of the Crown dues can be claimed against them, which is quite a different question and the only one to be considered.«

Auch diesen Anspruch lehnt das Schiedsgericht ab.

Für die Geltendmachung des Estoppel-Grundsatzes gegenüber einem Staat, der nachträglich die Gültigkeit eines mit einer Privatperson abgeschlossenen Vertrages bestreitet, seien zwei Fälle angeführt.

Die amerikanisch-mexikanische Claims Commission erklärt im Falle Davies <sup>61)</sup>:

<sup>60)</sup> a. a. O. S. 441 f.

<sup>61)</sup> The United States of America on behalf of Joseph E. Davies, Claimant v. The United Mexican States. (Opinions of Commissioners under the Convention concluded

»We do not consider to be tenable the contention made by the respondent Government that the contract concluded between Davies and Pesqueira is a nullity, it being governed by Mexican law, under which such an agreement is void. In behalf of the United States it is contended that the contract was made in the United States and must be governed by the law of that country. We are of the opinion that there can be no question that the sum of \$ 20.000 is due to the claimant under the agreement, whether American law or Mexican law is applied to it. In considering the arguments advanced to support the contention that the contract is void under Mexican law the Commission can not ignore the fact that the Mexican Government paid Davies \$ 30.000 in three payments made at different times. No showing has been made to the Commission which would warrant it in pronouncing a nullity a contract which the Mexican Government on several occasions clearly recognized as valid.«

Die Vereinigten Staaten halten im Falle Shufeldt <sup>62)</sup> Guatemala entgegen:

»Shufeldt, as an innocent purchaser of the concession granted by the contract of February 4, 1922, to which he was not an original party, was repeatedly assured by high government officials, both prior and subsequent to his acquisition of the concession, that the concession was valid in all respects.

It must be borne in mind that the claimant had conducted extensive operations under the contract for a period of six years; that the Government had during that time received, as a direct result of such operations the sum of \$ 247.790.25 in cash from the claimant, in addition to the initial payment of \$ 5.000; that it permitted the claimant to expend large sums of money in making improvements, constructing roads and surveying boundaries, all of which, upon the expiration of the concession, were to inure to the benefit of the Government; that it duly acknowledged receipt of inventories presented to it by the claimant as required under the contract, and that through its high officials, including the President of the Republic, it had repeatedly assured the claimant of the validity of his concession. All of these acts must be regarded as showing conclusively that the executive branch of the Government considered the contract as legal and binding. Furthermore, by its approval of the action of the Commission on Legislative and Constitutional Points in rendering an adverse report on a motion directed towards the nullification of the concession, the National Legislative Assembly of the Nation must be deemed to have regarded the contract as valid. Such acts of both the legislative and executive branches of the Government show conclusively the interpretation placed upon the contract by the Government of Guatemala. As pointed out by the American-Mexican Claims Commission in the *Davies* case, *supra*, an international tribunal can not ignore

September 8, 1923 between the United States and Mexico. February 4, 1926, to July 23, 1927. Washington 1927. S. 199 f.)

<sup>62)</sup> Shufeldt Claim. Claim of the United States of America on behalf of P. W. Shufeldt v. the Republic of Guatemala before the Honorable Sir Herbert Sisnett, Arbitrator under an Exchange of Notes of November 2, 1929 (The Department of State. Arbitration Series No. 3. Washington 1932). S. 65 f., 68.

the fact that a government, by the performance of certain acts under a contract clearly recognizes that contract as valid. The principle underlying that decision, that is, that a government is bound by the interpretation which it places on its own acts, was applied because Mexico had made certain payments required by the contract. In this case no payments were made by Guatemala, but on the contrary it received for its own benefit under the contract the sum of \$ 247.790.25, in addition to the other benefits it derived in the nature of buildings and road constructions.

The principle that an international tribunal will not regard as a nullity a contract concluded by a government where that government, by its acts performed in pursuance of that contract, has clearly recognized the contract as valid, is similar to the doctrine of estoppel in municipal law . . .

The United States contends that where, as in this case, a government enters into a contract, repeatedly assures the other party, or his assignee, of the validity of that contract and accepts from the other party, or his assignee, benefits growing out of the contract, an international tribunal is constrained to hold that such a contract is a valid and binding one. Whether this principle is based on the theory that the government, by its action under the contract, interprets that contract as valid or whether it is based upon the doctrine of estoppel or preclusion is not material. The fact remains, that, as clearly shown by the numerous authorities cited above, neither under municipal law nor international law can a government which is a party to a contract receive benefits thereunder and subsequently, when it suits its convenience, pronounce that contract a nullity.«

Der Schiedsrichter sieht sich durch die Feststellung, daß das Parlament dem Konzessionsvertrag seine Zustimmung erteilt hat und der Vertrag somit nach Landesrecht auch formell gültig ist, einer Entscheidung über das obige Vorbringen der Vereinigten Staaten enthoben, fügt aber das obiter dictum hinzu, daß nach Lage der Sache »this contention of the United States is sound and in keeping with the principles of international law«<sup>63)</sup>.

Ebensowenig darf sich ein Staat zwecks Aufhebung einer Konzession verspätet auf Mängel der Ausführung berufen. Das Delagoa-Schiedsgericht erklärt<sup>64)</sup>:

»Et si le gouvernement du Portugal soutient aujourd'hui que même dans le premier tronçon, soi-disant achevé, de 82 kilomètres, il manquait beaucoup d'ouvrages essentiels, ce fait ne saurait non plus être invoqué par lui comme un motif de rescision, attendu que lors de l'ouverture de la première section de la ligne, le 14 septembre 1887. . . il n'a été dressé aucun protocole officiel indiquant les ouvrages manquants ou défectueux. . . .«

<sup>63)</sup> a. a. O. S. 869 f.

<sup>64)</sup> Sentence finale du Tribunal Arbitral du Delagoa en la cause liée entre les Gouvernements des Etats-Unis de l'Amérique du Nord et la Grande-Bretagne, Parties demandereses, et du Portugal, Partie défenderesse concernant le chemin de fer de Lourenço Marques du 29 mars 1900. Berne 1900. S. 165.

Erst recht ist eine solche Berufung unzulässig, wenn der Regierung, die eine Konzession verliehen hat, durch ihre eigenen Beamten die einwandfreie Ausführung amtlich gemeldet worden war. Im Falle El Triunfo weist das Schiedsgericht <sup>65)</sup> den Einwand Salvadors mit den Worten zurück:

»It is of course obvious that the Salvador Government should be estopped from going behind those reports of its own officers on the subject and from attacking their correctness without supplementary evidence tending to show that such reports were induced by mistake or were procured by fraud or undue influence. No evidence of this kind is introduced.«

Die Frage, ob das spätere Verhalten der Parteien bei der Ausführung eines Vertrages eine Berufung auf die ursprünglichen Vertragsrechte ausschließt, hat in dem von dem Ständigen Internationalen Gerichtshof verhandelten Streit um die in Frankreich begebenen serbischen Anleihen eine Rolle gespielt. Der serbische Vertreter macht geltend <sup>66)</sup>:

»L'exécution d'une convention n'est pas seulement décisive au point de vue de l'interprétation. La Cour de cassation de France a eu un instant la vision, je dirai inconsciente, de la thèse que j'expose à la Cour lorsque, dans l'arrêt que j'ai eu l'honneur de vous lire et que M. Laurent rapporte, elle dit:

«Lorsque les actes présentent quelque incertitude, l'interprète le plus sûr en est l'exécution volontaire, formelle et réitérée

<sup>65)</sup> In the matter of the arbitration between the Republics of the United States and Salvador in respect of the claim of the Salvador Commercial Company and other citizens of the United States, stockholders in the corporation which was created and existent under the laws of Salvador, under the name and style of »El Triunfo Company, Limited«. Opinion of Sir Henry Strong and Don M. Dickinson (Foreign Relations of the United States 1902, 862, 866).

<sup>66)</sup> Publications de la Cour permanente de Justice internationale Série C. No. 16 — III (Affaire concernant le paiement de divers emprunts serbes émis en France), S. 155—157 (Discours de M<sup>e</sup> Devèze). Vgl. auch S. 278 (Duplique de M<sup>e</sup> Devèze).

Übrigens ist auch von französischer Seite — allerdings nur hypothetisch — der Estoppel-Grundsatz geltend gemacht worden (a. a. O. S. 255 [Réplique de M. Basdevant]):

»... à la base de chaque emprunt nous trouvons une loi serbe qui en a fixé le régime juridique auquel les souscripteurs ont adhéré en apportant leurs souscriptions.

La Serbie ne peut pas prétendre, et elle n'a d'ailleurs pas prétendu, que les clauses ainsi établies par sa législation ne seraient pas valables. Il serait contradictoire de sa part de soutenir que ce régime juridique, qui repose sur ses propres lois, est sans valeur. Si elle tentait de le faire ou de le prétendre, elle s'exposerait à se voir opposer cette doctrine de l'«estoppel» à laquelle il a été fait allusion...

Si la Serbie venait dire: Ma loi a été établie de telle ou de telle façon, directement ou indirectement, les clauses d'un contrat d'emprunt, cependant les clauses de ce contrat ne sont pas valables, elle se heurterait à l'exception tirée de cette doctrine, elle tenterait de souffler à la fois le chaud et le froid. Je reconnais d'ailleurs qu'elle ne présente pas une telle prétention.«

que leur ont donnée les Parties intéressées qui se rendent ainsi non recevables à méconnaître leur propre thèse.»

C'est une nouvelle idée; ce n'est plus de l'interprétation: c'est l'idée que les actes accomplis par les titulaires d'un droit les rendent non recevables à se prévaloir de ce droit lorsque celui-ci est en opposition avec leurs actes caractérisés et prolongés.»

Er findet diesen Rechtsgedanken namentlich in der angelsächsischen Estoppel-Lehre ausgedrückt. Auf Grund seiner früheren Darlegungen über die Ausführung des Anleihevertrages glaubt er zu dem Schlusse berechtigt zu sein:

»Le Law of Estoppel . . . nous permet ainsi, à raison des seuls faits d'exécution . . . qui ont un caractère si net, si clair et si persévérant, — d'opposer une exception de non-recevabilité à l'action du Gouvernement français, à qui nous pouvons dire pour les Latins: *Non concedat venire contra factum proprium*, et pour les Anglais: *Forbidden to speak against his own act or deed*.«

Der Gerichtshof<sup>67)</sup> hält aber im vorliegenden Falle<sup>68)</sup> die Voraussetzungen für die Anwendung des Estoppel-Grundsatzes nicht für gegeben:

»Cette manière d'agir des Parties, savoir l'acceptation par les porteurs de francs-papier dépréciés, est invoquée sous deux rapports distincts. On allègue en premier lieu que ce mode d'exécution du contrat devrait être considéré comme ayant une influence déterminante pour établir quelle était l'intention des Parties, et cela conformément au principe bien connu qui s'applique aux accords ambigus. En se fondant sur ce principe, on fait valoir que l'intention des Parties n'avait pas été de prévoir dans les contrats d'emprunt un paiement en francs-or. Mais les contrats d'emprunt ne sont pas ambigus sur ce point. Ils sont clairs et précis. On ne saurait invoquer le fait que des francs-or n'ont pas été versés pour démontrer que des francs-or n'ont pas été promis. Si l'on doit tenir compte de la manière d'agir ultérieure des Parties, c'est, non pas pour vérifier quels étaient les termes des contrats d'emprunt, mais bien pour rechercher si les Parties, par leur attitude, ont modifié ou affaibli leurs droits.

A ce dernier point de vue, l'on a tenté d'appliquer le principe connu en droit anglo-saxon sous le nom d'«*estoppel*». L'argument développé par le Gouvernement de l'Etat serbe-croate-slovène à cet effet amène la Cour à examiner les circonstances. Le compromis soumettant l'affaire à la Cour a été signé au mois d'avril 1928, mais il semble que, longtemps auparavant, la question ait fait l'objet de négociations diplomatiques entre les deux Gouvernements, et la période qui peut présenter de l'importance au sujet de l'attitude des porteurs français est comprise entre 1919 environ et 1925 environ. Au nom des porteurs, on fait valoir que

<sup>67)</sup> Arrêt No. 14. Affaire concernant le paiement de divers emprunts serbes émis en France (Publications de la Cour permanente de Justice internationale Série A. Nos. 20—21) S. 38—39.

<sup>68)</sup> Entsprechend im Parallellfall der brasilianischen Anleihen: Arrêt No. 15. Affaire relative au paiement, en or, des emprunts fédéraux brésiliens émis en France (l. c. S. 119).

ceux-ci étaient en grand nombre, qu'il leur fallait du temps pour s'entendre en vue d'une action concertée; qu'il leur fallait intéresser le Gouvernement français à leur cause; que ce dernier devait examiner l'affaire et décider s'il entrerait en négociations diplomatiques au nom des porteurs, et que le délai, qui, vu les rouages de l'activité gouvernementale, n'est pas extraordinaire, ne devrait pas conduire à dénier des droits autrement établis. Ce raisonnement n'est pas sans fondement et, lorsque l'on examine les conditions requises en vue d'établir la perte d'un droit en vertu du principe de l'«estoppel», il est très clair que l'application de ce principe à l'espèce manque de base. Les porteurs n'ont pas fait de déclaration claire et non équivoque sur laquelle l'Etat débiteur pût à bon droit se fonder et se soit fondé. L'Etat débiteur n'a pas modifié sa position. La dette serbe reste telle qu'elle avait été contractée à l'origine. La seule mesure prise par l'Etat débiteur a été de payer une somme inférieure à celle qui était due aux termes des contrats d'emprunt. Il n'apparaît même pas que les porteurs eussent pu effectivement faire valoir leurs droits plus tôt qu'ils ne l'ont fait; encore moins existe-t-il un motif pour conclure que les porteurs ont délibérément renoncé à ces droits. On peut également observer que le contrat entre emprunteur et prêteur est incorporé dans des titres au porteur qui donnent à ce dernier le droit de réclamer, en vertu de sa seule situation de porteur, tous les droits énoncés dans le titre.

On fait valoir aussi que, pendant la période de dépréciation monétaire, les Gouvernements britannique et français ont avancé à l'Etat débiteur les sommes nécessaires en vue de faire face aux paiements venant à échéance du fait des titres, et que ces sommes, payables à Paris, ont été calculées en francs français dépréciés. Mais il est évident que cette manière d'agir ne saurait être considérée comme affectant les droits des porteurs. «

Bei der Verhandlung der Santa Isabel Claims<sup>69)</sup> vor der amerikanischen-mexikanischen Special Claims Commission ist zu der Frage Stellung genommen worden, ob eine Regierung unter Umständen formell nicht bindende Erklärungen hoher staatlicher Stellen gegen sich gelten lassen muß. Die Vereinigten Staaten begründeten die Haftung Mexikos u. a. damit, daß die amerikanischen Staatsangehörigen, die nachher durch Anhänger des früheren Generals Villa bei Santa Isabel ermordet wurden, zur Wiederaufnahme ihrer gewerblichen Tätigkeit nach Mexiko auf Einladung des Generals Obregon zurückkehrten, der in einer auf einem Bankett gehaltenen Rede ihnen den notwendigen Schutz zugesagt und Villa als erledigt bezeichnet habe. Während die Entscheidung der Kommission, die die Ansprüche abweist, erklärt<sup>70)</sup>:

<sup>69)</sup> The United States of America on Behalf of Cornelia J. Pringle et al. v. The United Mexican States (Santa Isabel Claims). Special Claims Commission Established in pursuance of the Convention between the United States and Mexico signed Sept. 10, 1923. Opinion rendered April 26, 1926. (26 [1932] American Journal of International Law 172).

<sup>70)</sup> a. a. O. S. 181.

»Such facts do not have the significance ascribed to them by the American Agency. Even if proof had been shown that General Obregon had made those declarations, they could not, however, have sufficient force to bind Mexico to responsibility therefor. General Obregon was at that time, doubtless, a prominent personality in Mexico; he was Commander-in-Chief of the forces which had routed Villa's contingents, and the person to whom the nation six years later was to entrust the presidency of the Republic. Nevertheless, his official position was not such that his declarations could have had the consequences which it is now desired to ascribe to them. Neither can mere words uttered at a banquet which was not official have consequences so transcendental«, führt das dissentierende amerikanische Kommissionsmitglied, Perry, aus <sup>71)</sup>:

»One of the fundamental principles of equity is that when a party claims a certain fact exists, or claims authority to do a certain act, that party is forever estopped from contending that the facts are other than as represented.

... General Obregon speaking for the Mexican Government not only represented that it was safe for these men to reenter Mexico, but he represented that he was able to and would guard and protect the lives of these men if they would return. General Obregon remained at the head of the Mexican Army and later became Mexico's President. Mexico is not in a position, under the facts and the record in this case, to deny General Obregon's authority to make these statements; it is not in a position to disclaim responsibility for not guarding and protecting the lives of these men ...«

Im Falle Hemming, den das auf Grund des amerikanisch-britischen Abkommens von 18. August 1910 gebildete Schiedsgericht zu entscheiden hatte <sup>72)</sup>, bestritten die Vereinigten Staaten, für das Honorar eines Anwalts aufkommen zu müssen, dessen Dienste ein amerikanischer Konsul in Überschreitung seiner Kompetenzen bei einem Strafverfahren in Anspruch genommen hatte, das in Indien gegen Personen, die angeblich gefälschte amerikanische Goldmünzen in Verkehr gebracht hatten, eingeleitet worden war. Großbritannien machte geltend, daß die Frage, ob der Konsul vorher autorisiert worden sei, lediglich disziplinarrechtliche Bedeutung habe und von dem Anwalt nicht zu prüfen gewesen wäre. Ohne zu der These, daß der Staat für Akte seiner Organe, die diese in Überschreitung ihrer Kompetenzen vornehmen, völkerrechtlich nicht hafte, grundsätzlich Stellung zu nehmen <sup>73)</sup>, entscheidet das Schiedsgericht nach dem Estoppel-Prinzip <sup>74)</sup>:

<sup>71)</sup> a. a. O. S. 196.

<sup>72)</sup> S. den in Anm. 34 zitierten Bericht von Nielsen, S. 617 ff.

<sup>73)</sup> Im Falle Trumbull (J. B. Moore, History and Digest of the International Arbitrations to which the United States has been a Party, Vol. IV, Washington 1898, S. 3569), in dem die Vereinigten Staaten den Einwand erhoben, daß der amerikanische Gesandte nicht befugt gewesen sei, einen chilenischen Anwalt mit der Vertretung der Vereinigten Staaten in einem vor den chilenischen Gerichten anhängigen Auslieferungsverfahren



»Whatever at the outset was the authority of the United States Consul to employ an attorney at the expense of the United States Government, it is plain from the correspondence referred to above, that that Government was perfectly well aware, after its Consul's letter of December 22, 1894, received January 14, 1895, of Hemming's employment in a prosecution initiated solely for its benefit, that it did not object in any way whatever during the progress of the case to the steps taken by its Consul but appeared implicitly at all events to approve of those steps and of Hemming's employment.

This Tribunal is, therefore, of opinion that the United States is bound by the contract entered into, rightly or wrongly, by its Consul for its benefit and ratified by itself.«

Ein interessantes Beispiel einer Heranziehung des Estoppel-Prinzips wegen des früheren Verhaltens eines diplomatischen Vertreters des klagenden Staates ist der vor der amerikanisch-panamanischen General Claims Commission verhandelte Fall Chase 75). Die Vereinigten Staaten beanspruchten eine Entschädigung, weil Chase infolge einer Reihe unrechtmäßiger Akte panamanischer Verwaltungsbehörden seines Grundeigentums teilweise verlustig gegangen sei; nur unter dem Drucke der wiederholten Anfechtungen seines Eigentumstitels habe er sich in einem Verträge vom 13. April 1923 zur Abtretung eines Teiles seiner Grundstücke und zur Zahlung einer Geldsumme verpflichtet. Panama wandte ein, daß der Vertrag einen Vergleich über die früheren Streitigkeiten darstelle, und daß die Mitwirkung des amerikanischen Gesandten bei den Vertragsverhandlungen die Geltendmachung des auf die vor 1923 liegenden Ereignisse gestützten Anspruchs durch die Vereinigten Staaten präkludiere. Die Kommission weist den Anspruch zurück. Nachdem sie ausgeführt, daß die schwierige Lage des Chase nicht auf unrechtmäßige Verwaltungsakte zurückzuführen, sein Eigentumstitel zweifelhaft gewesen und der Vergleich keineswegs für ihn ungünstig sei, fährt sie in der Begründung fort 76):

---

zu beauftragen, wäre die den Einwand zurückweisende Entscheidung der amerikanisch-chilenischen Claims Commission nicht ohne Zuhilfenahme des Grundsatzes der Haftung des Staates für nichtkompetenzmäßiges Verhalten seiner diplomatischen Vertreter zu stützen gewesen.

74) a. a. O. S. 622.

75) American and Panamanian General Claims Arbitration under the Conventions between the United States and Panama of July 28, 1926, and December 17, 1932. Report of Bert L. Hunt, Agent for the United States (The Department of State Arbitration Series No. 6). Washington 1934. S. 341 ff.

76) a. a. O. S. 374. — Erwähnt sei hierzu der Kommentar Hunts (a. a. O. S. 377 f.):

»There will probably not be general concurrence in the finding by the Commission that because an American citizen avails of the unofficial services of a person who happens to enjoy a diplomatic status to negotiate the settlement of a private grievance against a foreign government, a national claim which might arise from that transaction is barred by the fact of such participation by the diplomatic officer.

»Moreover the fact that the Minister of the United States in Panama had acted as mediator on his behalf with full powers from him in the negotiations which led up to the settlement gave that settlement the character of a diplomatic solution and prevented the later bringing of a claim.«

Die Reihe der Belege für eine Berufung auf das Estoppel-Prinzip in internationalen Streitfällen sei abgeschlossen mit zwei neueren Entscheidungen, die die Frage verneinen, ob einem Staate bei der Geltendmachung von Ansprüchen seiner Staatsangehörigen, die sich auf Akte einer von ihm nicht anerkannten Regierung gründen, von deren Nachfolgerin wegen der Nichtanerkennung das Estoppel-Prinzip entgegengehalten werden darf.

Der Spruch, den William H. Taft als Einzelschiedsrichter in dem Streit zwischen Großbritannien und Costa Rica am 18. Oktober 1923 gefällt hat <sup>77)</sup>, ist von besonderer Wichtigkeit, weil er einige ältere Entscheidungen, welche die Frage zu bejahen scheinen, der präjudiziellen Bedeutung entkleidet. Durch ein Gesetz vom 22. August 1922 waren in Costa Rica alle Verträge, die die frühere Regierung Tinoco mit Privatpersonen abgeschlossen hatte, und die von dieser Regierung am 28. Juni und 8. Juli 1919 erlassenen Dekrete betr. die Ermächtigung zur Ausgabe neuer Noten für ungültig erklärt worden. Die britische Regierung verlangte Einlösung eines einer britischen Bank gehörigen Betrages dieser Noten und Anerkennung einer von der Regierung Tinoco einer britischen Gesellschaft erteilten Erdölkonzession. Costa Rica wandte u. a. ein, die Nichtanerkennung der Regierung Tinoco durch Großbritannien schließe eine Geltendmachung dieser Ansprüche vor einem internationalen Schiedsgericht durch Großbritannien aus. Diesen Einwand weist der Schiedsrichter mit folgender Begründung zurück <sup>78)</sup>:

»To sustain this view a great number of decisions in English and American courts are cited to the point that a municipal court cannot,

This is tantamount to deciding that a person occupying a diplomatic office cannot divest himself of his official status, even when acting in a private matter under private power of attorney, and that, moreover, whatever course of action he may take as such personal representative in private matters, estops his government.

It is believed to be a general principle of international law that the injury by a government to a foreign national gives rise to a right of action by the nation of which the injured person is the national. . . . Such a right having vested in a nation, it is not entirely clear how that right might be divested by the act of a diplomatic officer, acting in an unofficial capacity, on behalf of a private national. Nor is it made entirely clear on what basis the Commission reached the conclusion that the Government of the United States was precluded from bringing a claim in behalf of an American citizen simply because such citizen, in concluding a certain contract, upon which the claim rested, in part, had availed himself of the unofficial services of the American diplomatic representative.«

<sup>77)</sup> 18 (1924) American Journal of International Law 147.

<sup>78)</sup> a. a. O. S. 155—157.

in litigation before it, recognize or assume the *de facto* character of a foreign government which the executive department of foreign affairs of the government of which the court is a branch has not recognized. This is clearly true. . . . But such cases have no bearing on the point before us. Here the executive of Great Britain takes the position that the Tinoco government which it did not recognize, was nevertheless a *de facto* government that could create rights in British subjects which it now seeks to protect. Of course, as already emphasized, its failure to recognize the *de facto* government can be used against it as evidence to dispose the character it now attributes to that government, but this does not bar it from changing its position. Should a case arise in one of its own courts after it has changed its position, doubtless that court would feel it incumbent upon it to note the change in its further rulings.

Precedents in American arbitrations are cited to show that an estoppel like the one urged does arise. They are Schultz's case (Moore, International Arbitrations, Vol. 3, 2973), Jansen's case (ibidem, 2902), and Jarvis's case (Ralston, Venezuelan Arbitrations, 150). In the opinions of these cases delivered by American commissioners, there are expressions sustaining the view that the bar of an estoppel exists<sup>79)</sup>, but an

<sup>79)</sup> Die Stellen lauten:

In der auf Grund des amerikanisch-mexikanischen Abkommens vom 4. Juli 1868 gefällten Entscheidung Christian Herman Schultz v. Mexico (a. a. O. S. 2973):

»There could be but one sovereign power in the same political community at the same time. The United States having determined for itself, and according to the well-sustained fact, in what Mexican authorities this sovereignty resides, and maintaining to this day political and amicable relations with it as the only government in Mexico, can not now claim that another government existed in that country. If such inconsistent positions moreover were allowable, we have decided that the Zuloaga and Miramon pretensions in Mexico never reached the sovereignty nor constituted the government *de facto*«;

in der auf Grund desselben Abkommens ergangenen Entscheidung Charles J. Jansen v. Mexico (a. a. O. S. 2928):

». . . it is impossible for the United States successfully to claim that the so-called empire was a government *de facto*. The government of that country uniformly and expressly refused to regard it as such, when the inducements to do so were strong and the danger of refusing great. On the contrary, it recognized the republic and maintained relations of amity and friendship with it to the close, as it had done from the beginnings of its trials. This fact must oppose an insuperable barrier to any and all reclamations by the United States against the Republic of Mexico for the acts of the Maximilian authorities, so called«;

in der von der amerikanisch-venezolanischen Mixed Claims Commission (Protokoll vom 17. Februar 1903) gefällten Entscheidung Jarvis (a. a. O. S. 150):

»The claimants have endeavored to show that the power in virtue of which the bonds were issued was the medium through which the authority of the State was conveyed and by which it was bound. In this they have failed. So far as the claimants are concerned, the issuance of the Jarvis bonds was not the "act of the Venezuelan Government". It is doubtless true that the question whether the Páez government was or was not the *de facto*-government of Venezuela at the time the bonds were issued is one of fact. But the decision of the political department, of the United States Government on November 19, 1862, that there was no such conclusive

examination shows that no authorities are cited and no arguments are made in support of the view. Moreover, the array of facts in the cases was conclusive against the existence of a *de facto* government, and the expressions were unnecessary to the conclusion. In Schultz's case the claim of an American citizen was against the Juarez government for loss of goods by fire between the lines of battle waged by Miramon's forces against Juarez's government. The claim against Juarez's government was plainly not sustainable, first because it occurred in the train of war and, second, because the Miramon forces never had in fact constituted a *de facto* government. The Jansen case before the same tribunal was for the value of an American bark seized by Miramon's soldiers to escape out of the country from the victorious army of Juarez. The commissioner devotes many pages to a résumé of evidence to show that neither Miramon nor Maximilian, with whom he acted, had ever had a *de facto* government; that Juarez was always in control of the greater part of Mexico and always resisting. The truth is that the language of the decisions should be more properly construed to emphasize the great and overwhelming weight to be given to the recognition of Juarez by the United States and its non-recognition of Miramon as evidence against the *de facto* character of the government of the latter, than to uphold the theory of a bar by estoppel. In Jarvis's case the facts were that Páez, a Venezuelan citizen, was an insurgent against the existing government of Venezuela in 1849, and enlisted in his conspiracy Jarvis, the American claimant, who furnished him a ship and arms and ammunition. This was a crime against the United States on Jarvis's part, because the United States was on terms of amity with Venezuela. The expedition failed. In 1861, thirteen years later, however, when Páez was in Venezuela, a sudden outbreak placed him in power. In 1863, just as he was about to retire with the collapse of his government, he issued bonds to Jarvis to repay him for his outlay in the unsuccessful insurrection of 1849, twelve years before. The commissioner held that there was no lawful consideration for the bonds. Certainly this was a righteous conclusion. It was a personal obligation of Páez, if it was an obligation at all. It was not a debt of Venezuela. It was invalid and unlawful because of its vicious origin, both by the laws of the United States and the laws of Venezuela. The commissioner also by way of additional but unnecessary support to his conclusion said the United States was estopped to urge the claim.

These are, so far as I am advised, the only authorities to be found either in decided cases or in text writers applying the principles of estoppel to bar a nation seeking to protect its nationals in their rights against the successor of a *de facto* government.

I do not understand the arguments on which an equitable estoppel in such case can rest. The failure to recognize the *de facto* government did not lead the succeeding government to change its position in any way upon the faith of it. Non-recognition may have aided the succeeding government to come into power; but subsequent presentation of claims based on the *de facto* existence of the previous government and its

---

evidence that the Páez government was fully accepted and peacefully maintained by the people of Venezuela as to entitle it to recognition must be accorded great weight as to the fact, and is in any event conclusive upon its own citizens.¶

dealings does not work an injury to the succeeding government in the nature of a fraud or breach of faith. An equitable estoppel to prove the truth must rest on previous conduct of the person to be estopped, which has led the person claiming the estoppel into a position in which the truth will injure him. There is no such case here. «

Unter Berufung auf diese Entscheidung hat dann die amerikanisch-mexikanische Claims Commission im Falle Hopkins<sup>80)</sup>, in dem die Einlösung gewisser von der Regierung Huerta ausgestellter Postschecks begehrt wurde, den entsprechenden, auf die Nichtanerkennung der Regierung Huerta durch die Vereinigten Staaten gestützten Einwand Mexikos zurückgewiesen.

Durch die vorstehend aufgeführten Belege ist u. E. der induktive Nachweis der Geltung des Estoppel-Prinzips im Völkerrecht erbracht. Hat also ein besonderer Rechtsgedanke des angelsächsischen Rechtskreises Eingang in das Völkerrecht gefunden? Die Tatsache, daß man den Estoppel-Grundsatz zu dem germanischen Rechtsgedanken der Verschweigung, dem Gedanken des *venire contra factum proprium*, dem Rechtsscheingedanken, den »*pouvoirs apparents*« des französischen Rechts hat in Beziehung setzen können<sup>81)</sup>, zeigt, daß es sich im Kern um einen den Rechtsordnungen der Kulturstaaten gemeinsamen Rechtsgedanken handelt. Damit aber ist der eigentliche Geltungsgrund des Estoppel-Prinzips im Völkerrecht erkannt: Dieser Rechtsgedanke ist ein allgemeiner Rechtsgrundsatz, der nach der Rechtsüberzeugung der Kulturstaaten jeder Rechtsordnung immanent ist.

---

<sup>80)</sup> The United States of America on behalf of George W. Hopkins, Claimant v. The United Mexican States (Opinions of Commissioners under the Convention concluded September 8, 1923 between the United States and Mexico. February 4, 1926 to July 23, 1927. Washington 1927, S. 42, 50).

<sup>81)</sup> E. Heymann, a. a. O. S. 299 und Festgabe »Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben«, Bd. IV (Berlin und Leipzig 1929), S. 328 f.; Erwin Riezler, *Venire contra factum proprium* (Leipzig 1912), S. 55 ff.; A. Büchenbacher, *Rechtsverwerking of het tenietgaan van rechten door eigen toedoen van de gerechtigde* (Amsterdam 1928) S. 9 ff.; Witenberg, *Journal du droit international* 60 (1933), 532 u. a.